

Beschluss des Landrats vom 22.06.2023

Nr. 2251

8. Petition «Wirksame Massnahmen gegen den Fluglärm jetzt!» 2023/113; Protokoll: md, gs

Kommissionspräsident **Heinz Lurf** (FDP) berichtet, dass die Petition «Wirksame Massnahmen gegen den Fluglärm jetzt!» mit ihren 4'407 Unterschriften am 16. Februar 2023 durch die Geschäftsleitung des Landrats zur Vorberatung an die Petitionskommission überwiesen worden sei. Die Petentinnen und Petenten machen darauf aufmerksam, die Flugintensität am EuroAirport (EAP) habe seit Ende der Corona-Pandemie wieder deutlich zugenommen und erreiche inzwischen wieder nahezu die Werte von 2019. Mit den in den 2010er-Jahren eingeführten Startprozeduren habe sich zudem der Lärmteppich südlich des Flughafens massiv ausgedehnt. Die bisher getroffenen Lärminderungsmassnahmen bezeichnen die Petentinnen und Petenten als wirkungslos. Sie erwarten vom Regierungsrat, dass er sich zum Schutz der Volksgesundheit im Verwaltungsrat des EAP und auch beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) vehement für eine deutliche Fluglärmreduktion auf Kantonsgebiet einsetzt – und dass die Bevölkerung über die regierungsrätlichen Bemühungen regelmässig unterrichtet wird. Für Details insbesondere zu den von der Petition vorgeschlagenen Verbesserungsmassnahmen wird auf den dem Bericht beiliegenden Petitionstext verwiesen.

Die Petition wurde an den Kommissionssitzungen vom 18. April und 16. Mai 2023 im Beisein des juristischen Beraters der Petitionskommission, Peter Guggisberg, Leiter Rechtsetzung SID, beraten. An der ersten Sitzung hörte die Kommission als Vertretung der Petentinnen und Petenten die Präsidentin, den Vizepräsidenten und ein Vorstandsmitglied des Schutzverbands der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen an. Seitens der fachlich zuständigen Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) äusserte sich der für die Beteiligungen der VGD zuständige Controller zu den Anliegen der Petition.

Eintreten auf die Petition war unbestritten.

Der Vorsteher des VGD äussert sich in einer schriftlichen Stellungnahme vom 20. März 2023 zusammengefasst und sinngemäss wie folgt zur Petition: Die Einflussnahme des Kantons Basel-Landschaft auf den EuroAirport erfolgt über die Eigentümerstrategie. Diese wurde im Jahr 2018 erstmals vom Regierungsrat beschlossen und vom Landrat zur Kenntnis genommen. Darin legt der Regierungsrat die mittelfristigen Ziele für den Umgang mit der Beteiligung fest. Die Eigentümerstrategie dient dem Kanton als Führungsinstrument und richtet sich an die beiden Vertreter des Kantons Basel-Landschaft im 16-köpfigen Verwaltungsrat des EAP. Ende 2022 wurde die überarbeitete Eigentümerstrategie zur Kenntnisnahme an den Landrat überwiesen. Der am 30. März 2023 erfolgte Landratsbeschluss zur überarbeiteten Eigentümerstrategie EAP kann im Kommissionsbericht nachgelesen werden.

Im Rahmen der Anhörung hat die Vertretung der Petentinnen und Petenten ihre Kritik hinsichtlich der Umsetzung von wirkungsvollen Massnahmen gegen Fluglärm des EAP mit diversem Karten- und Zahlenmaterial untermauert. Trotz zahlreicher Versprechungen würden die heute bestehenden Vereinbarungen zur Fluglärmvermeidung gemäss den angehörten Vorstandsmitgliedern nicht eingehalten. Sowohl die Anzahl der Starts nach 23 Uhr als auch die Lautstärke der einzelnen Überflugereignisse seien in den letzten Jahren nicht zurückgegangen, das Gegenteil sei der Fall. Die Verärgerung der vom Lärm betroffenen Bevölkerung sei daher verständlich. Es gelte nun, den Basellbieter Vertretern im Verwaltungsrat den Rücken zu stärken, damit sie im Gremium verstärkt auf die Einhaltung der Ziele pochen können, wie sie in der basellandschaftlichen Eigentümerstrategie festgelegt sind. Weiter betonte die Vertretung der Petentinnen und Petenten, dass sie eine Überweisung ihres Anliegens als Postulat sehr begrüssen würden.

Bei der Anhörung der Vertretung der VGD wurde darauf hingewiesen, dass im Zusammenhang mit dem Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm vor allem die Frage im Zentrum stehe, wie der Kanton Basel-Landschaft beim EAP Einfluss nehmen könne. Dem Baselbiet stehen zwei Sitze im 16-köpfigen Verwaltungsrat zu, dessen Mitglieder je zur Hälfte aus der Schweiz und aus Frankreich stammen. Die Verwaltungsratsmitglieder vertreten damit unterschiedliche Interessen und müssen ihre Entscheide letztlich auch immer im Interesse des Betriebs EAP fällen. Entscheide zu Änderungen des Regelwerks würden zudem grossmehrheitlich in Frankreich getroffen, ausser sie betreffen den Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich. Laut dem Vertreter der VGD besteht seit Jahren ein reger Austausch mit dem Schutzverband der Bevölkerung um den Flughafen Basel-Mülhausen. Die Zusammenarbeit bezeichnet er als gut, ungeachtet der teilweise unterschiedlichen Ansichten. Trotz der aufgezeigten Probleme bei der Umsetzung von Regelungen betreffend Lärmschutz konnten über die Jahre schrittweise Verbesserungen erzielt werden.

Die Mitglieder der Petitionskommission zeigten sich beeindruckt vom grossen Engagement der Petentinnen und Petenten. Die aufgezeigten und durch zusätzliche Dokumente belegten Probleme wurden anerkannt. Allerdings musste die Kommission auch die beschränkten Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die Gremien des EAP zur Kenntnis nehmen. In der Kommission wurde zudem konstatiert, dass der Fluglärm im Landrat in den letzten Jahren bereits ein Dauerthema war und wohl auch bleiben werde. Da zu den von der Petition aufgeworfenen Themen bereits umfassende Abklärungen stattfanden und mit der Eigentümerstrategie sowie der Stellungnahme der VGD fundierte Antworten zu den Petitionsanliegen vorliegen, beschloss die Petitionskommission mit 6:1 Stimmen, dem Landrat zu beantragen, von der Petition Kenntnis zu nehmen. Die eine Gegenstimme hätte eine Überweisung der Petition als Postulat an den Regierungsrat bevorzugt, um die Petitionsanliegen anlässlich der regierungsrätlichen Berichterstattung im Landrat zu diskutieren. Mit 6:1 Stimmen und ohne Enthaltungen beantragen die Mitglieder der Petitionskommission dem Landrat, von der Petition 2023/113 Kenntnis zu nehmen.

– *Eintretensdebatte*

Für **Roger Boerlin** (SP) haben die Ausführungen von Heinz Lurf gezeigt, dass der Lärm rund um den Flughafen Basel-Mulhouse ein Dauerthema sei – das sei der SP-Fraktion sehr wohl bewusst. Trotzdem beantragt die SP, dass die Petition als Postulat überwiesen wird. Folgende Gründe sprechen für die Überweisung: Es sind 4400 Unterschriften zusammen gekommen. Gegenüber den Menschen, welche die Unterschriften gesammelt haben, ist es eine Frage des Respekts. Diese Stimmen sollen mit der Überweisung ernst genommen werden. Was heisst es, wenn die Petition bloss zur Kenntnis genommen wird? Es klingt wie ein Eingeständnis oder fast wie eine Kapitulation. Eine Überweisung stärkt den beiden Baselbieter Delegierten im Verwaltungsrat des EuroAirports (EAP) den Rücken. Es ist schlicht ein Faktum, dass die Südanflüge seit dem Ende der Corona-Pandemie wieder deutlich zugenommen haben (man hat es gehört) – und damit auch der Fluglärm. Die Massnahmen zur Fluglärmverminderung, die vereinbart wurden, wurden nie wirklich eingehalten. Die Ratlosigkeit von EAP-Direktor Matthias Suhr gegenüber der Zunahme der Südanflüge, die sich kürzlich in einem Interview bei Telebasel zeigte, ist äusserst verwunderlich. Es geht auch darum, ihm den Rücken zu stärken. Aus diesen Gründen wird die Überweisung der Petition als Postulat beantragt.

Werner Hotz (EVP) spricht der Petitionskommission einen grossen Dank für die sorgfältige Arbeit aus. Die Thematik wurde gründlich geprüft. Es wurden Hearings veranstaltet. Das wird sehr geschätzt. Das Postulat von Kathrin Joos wurde seinerzeit überwiesen. Quasi als Support für dieses erste Postulat unterstützt die Fraktion auch die Überweisung der Petition als Postulat. Als Verdoppelung macht dies Sinn. Der Wille der 4400 Petenten kommt damit nochmals klar zum Ausdruck. Denn es besteht weiterhin Handlungsbedarf beim Fluglärm. Als kleiner Beleg: Vergangene Nacht

war der letzte Start am EAP – ein Cargo-Flug mit einer Boeing 757 von Basel nach Paris – um 23.20 Uhr. Die Bevölkerung wird wach, damit dieser Cargo-Flug 30 Minuten später in Paris landen kann. Personentransporte finden gemäss dem Wissen des Redners um diese Zeit nicht mehr statt. Cargo-Flüge gibt es aber um diese Zeit noch. Das macht auch keinen Sinn. Es besteht also weiter Handlungsbedarf im Verwaltungsrat – und den beiden Vertretern des Kantons soll der Rücken gestärkt werden.

Markus Dudler (Die Mitte) sagt, es schein populär, ein Postulat nachzuschieben. Das kommt bei den Wählern im Raum Allschwil/Binningen sicher gut an. Es ist anzunehmen, dass die Fraktion sich nicht gross dagegen wehren wird, die Überweisung als Postulat zusätzlich zu unterstützen. Vielleicht gibt es noch einen altgedienten Landrat der Mitte, der sich ebenfalls noch äussern wird. Es war in der Kommission relativ eindeutig, dass das Anliegen der Petition anerkannt wird – diese aber nur zur Kenntnis genommen werden soll. Darum ist der Redner etwas erstaunt über die Haltung des Vorredners. In den Fachkommissionen des Landrats wird das Thema ja regelmässig angeschaut, geprüft, mit Statistiken unterlegt und per Bericht auch kommuniziert. So gesehen wäre das Postulat obsolet. Die Mitte/glp-Fraktion wird sich aber nicht gegen die Überweisung wehren.

Für **Rahel Bänziger** (Grüne) ist es ein Armutszeugnis, dass sich die Bevölkerung mittels einer Bittschrift (eine Petition ist nichts Anderes) an den Regierungsrat wenden müsse, damit die Vereinbarungen, Versprechen, Abkommen sowie die Grenzwerte eingehalten würden. Man muss sich das vorstellen. Die Bevölkerung muss sich trotz der gesetzlichen Bestimmungen bittend an den Regierungsrat wenden, dass diese Vorgaben eingehalten werden sollen. Zum Glück hat der Landrat das Postulat von Kathrin Joos bereits überwiesen – der Auftrag, sich um diese Anliegen zu kümmern, besteht damit. Die Rednerin geht mit dem Vorredner einig, dass doppelt genäht besser hält. Darum plädiert sie dafür, die Petition als Postulat zu überweisen – um nachzudoppeln und den 4400 Leuten im Landrat eine Stimme zu geben.

Den grössten Kampf gegen den Fluglärm hat die Rednerin allerdings am 30. März geführt – es war ihr letzter grosser Kampf im Landrat. Er gipfelte darin, dass die Nachtflugsperr von 23 bis 6 Uhr in die Eigentümerstrategie zum EAP aufgenommen wurde. Auch sind diverse Vorstösse der Votantin, die zur Abschreibung beantragt waren, vom Landrat nicht abgeschrieben worden. Es besteht weiterhin der Auftrag für eine Risiko-Analyse und eine UVP. Das war das schönste Abschiedsgeschenk, dass der Landrat (bzw. jene Mitglieder, die zugestimmt haben) der Rednerin machen konnte. Darum möchte die Rednerin sich bedanken. Es ist zu hoffen, dass der Kampf mit der Petition weitergeht – und das Thema auf dem Schirm bleibt. Es ist klar, dass der EAP eine grosse wirtschaftliche Bedeutung hat; das wurde von der Rednerin nie verneint. Das Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung sollten aber nicht vergessen werden. Darum ist zu hoffen, dass es so weitergeht. Die Rednerin plädiert nochmals für eine Überweisung der Petition als Postulat.

Hanspeter Weibel (SVP) will es sich nicht nehmen lassen, sich zu einem Thema zu äussern, das ihn seit Jahren und bald Jahrzehnten immer wieder beschäftigt habe – und ihn nachts nicht schlafen lassen. Man kann sagen, dass die Mitglieder des Landrats, die sich bis anhin gegen den Fluglärm eingesetzt haben, jetzt durch die Amtszeitbegrenzung und andere Gründe dahingerafft werden. Es werden wohl immer weniger. Der Redner ist für eine Überweisung als Postulat. Man konnte sehen, wie ein hilfloser EAP-Direktor zur Kenntnis nimmt, dass die Zahl der Südanflüge explodiert ist. Während der Art Basel konnte der Redner die vielen Privatjets vom Garten aus beim Landeanflug beobachten. Es sind zwar kleine Flieger – sie machen aber viel Lärm. Grösse alleine hat nichts mit Lärm machen zu tun. Das Thema wird die Region weiterhin beschäftigen. Es ist der Satz gefallen, der Landrat solle die eigenen Verwaltungsräte im EAP unterstützen. Das Interessante ist: Am Neujahrsapéro des EAP hat jemand zu erklären versucht, dass die hiesigen massgeblichen Kräfte nicht wie in Frankreich in Paris sitzen – sondern in Liestal (und nicht in

Bern). Darauf müsse man hören. Das wurde unter den Verwaltungsräten diskutiert. Es war beeindruckend, dass sie dies jetzt kapiert haben. Darum wäre es falsch, wenn man die Petition – auch wenn dies letztlich für viele als wirkungslos erscheint – nicht als Postulat überweisen würde. So kann man weiterhin ein Zeichen setzen, dass man am Thema dranbleibt – es beschäftigt weiterhin. Man wird dieses Jahr übrigens auf eine Südanflugquote kommen, die weit über 10 % liegt – was gemäss Vereinbarung nicht nur Berichte, sondern auch Massnahmen nach sich ziehen müsste. Es ist klar, dass weder der EAP noch Paris dies wahnsinnig beeindruckend finden. Dennoch sollte man zu sagen versuchen, man lasse nicht locker, sondern bestehe auf den Vereinbarungen – und man wolle dies weiterhin zum Thema machen. In diesem Sinne will der Redner kein Abschiedsgeschenk – es wäre aber nett, wenn der Landrat die Petition überweisen würde.

Andreas Bammatter (SP) sagt, dass die Anflüge die eine Sache seien – es zählten aber auch die Abflugsprozeduren, die massgeblich für Lärmstörungen verantwortlich seien. Als Beispiel sei die Abflugsprozedur NADP-1 genannt, das sogenannte Noise Abatement Departure Procedure 1: Bis in eine Höhe von 3000 Fuss über Grund erfolgt eine maximale Steigleistung – erst dann werden die Klappen eingezogen. Diese Massnahme hilft, den Lärmteppich zu entlasten. Zürich und Genf kennen dieses Verfahren bereits – in Basel fehlt es noch. Wenn man eine generelle Einführung von NADP-1 in Basel-Mulhouse vollziehen könnte, wären die Abflüge für die Wohngebiete im Süden – in Allschwil, Bourgfelden, Hegenheim, Basel-Neubad, Binningen – und in der ganzen Region um bis zu 4 Dezibel leiser. In Anbetracht, dass die beiden anderen genannten Flughäfen dieses System bereits generell vorgeschrieben haben und diese Prozedur den lokalen Flughafen in keiner Weise einschränken würde, ist es angezeigt, dass man diese Idee zwingend ins hiesige Betriebsreglement einfügt. Weitere Schritte sollen darum analog zum Gesagten und zu den Forderungen der Petition erfolgen – damit Flughafen und Bevölkerung zusammen einen weiteren Schritt in eine freundliche Umgebung erwirken können.

Balz Stückelberger (FDP) sagt, die FDP wollte sich eigentlich nicht zu Wort melden. Im Sinn der Ausgewogenheit der Wortmeldungen soll trotzdem etwas gesagt werden. Hanspeter Weibel hat gesagt, ein Postulat sei wirkungslos. Dieser Aussage kann der Redner zustimmen. Darum muss man die Petition auch nicht als Postulat überweisen – man soll sie zur Kenntnis nehmen und würdigen. Ein wirkungsloses Postulat macht nur dann Sinn, wenn es als Zeichen stehen bleiben soll. Dann hat man ein Zeichen gesetzt, woran man sich orientieren kann. Es gab vielleicht einst eine Zeit (der Redner ist auch schon länger im Landrat), als es solche Zeichen gebraucht hätte. Wenn man aber die Diskussion über die Eigentümerstrategie verfolgt hat, ist man sich wahrscheinlich – hoffentlich – einig, dass die ganze Flughafenthematik und die Sensibilisierung auf die heiklen Themen im Verwaltungsrat und in der Regierung erkannt sind und auch angegangen werden. Mit der aktuellen Vertretung im Verwaltungsrat wird dies eindrücklich unter Beweis gestellt. Ein Aspekt davon ist der Umstand, dass in der Eigentümerstrategie jetzt die lang ersehnte Anpassung der Betriebszeiten des Flughafens drin ist. Es kann also niemand sagen, es brauche jetzt noch ein wirkungsloses Postulat, das als Zeichen stehen bleibt. Die Themen sind erkannt; es wird daran gearbeitet – man weiss aber auch, dass der Einfluss des Landrats und der Baselbieter Regierung sehr beschränkt ist. Darum macht die Überweisung der Petition als wirkungsloses Postulat keinen Sinn.

Linard Candreia (SP) will die Diskussion nicht verlängern. Der Redner meldet sich zu Wort, um seine Solidarität für eine grosse Region zu erklären. Es dürfte etwa die Hälfte der Baselbieter Bevölkerung täglich diesem Lärm ausgesetzt sein (ohne dies jetzt ausgerechnet zu haben). Was den Redner sehr enttäuscht: Man kann überall lesen, dass man wieder im alten Modus ist – die Flugbewegungen nehmen wieder zu. Vor zwei, drei Jahren konnte man noch viel optimistischer sein – man durfte annehmen, dass die ganzen Klimadiskussionen etwas bringen. Es geht aber genau

gleich weiter wie früher. Das ist enorm enttäuschend. Die Flugintensität nimmt zu – während man gleichzeitig von der Klimakrise redet. Man konnte jetzt hören, mit welchem Aufwand auf politischer und anderer Ebene hantiert wurde und was alles gemacht wurde. Es gab Massnahmen. Es gab einen Austausch zwischen der VGD und dem Schutzverband. Es sei ein Dauerthema. Der Landrat beschäftigt sich stundenlang mit dem Thema. Dann kommt die Petition mit mehr als 4000 Unterschriften – das ist auch Aufwand. Wenn man sich den enormen Aufwand vorstellt, so steht er in keinem Verhältnis zum Resultat. Das Resultat ist doch frustrierend. Man könnte auch von einem Trauerspiel mit unendlich vielen Akten reden.

Der Landrat spricht viel über die Demokratie – sie wird auch sehr hoch gehalten. Die Schweiz ist ein demokratisches Land – zum Glück hat man diese Rechte. Das aktuelle Beispiel zeigt aber auf, wie berechtigte Anliegen in einer Endlosschleife sind. Das ist enttäuschend und schlecht für die Demokratie. Selbstverständlich wird aber nicht aufgegeben. Der Landrat besteht ja aus Kämpferinnen und Kämpfern. Die Überweisung als Postulat ist darum – wie bereits gesagt – viel besser als eine Kenntnisnahme. Ein Postulat ist ausserdem ein wichtiges demokratisches Instrument.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Eventualabstimmung: Postulat vs. Kenntnisnahme*

://: Mit 50:30 Stimmen wird der Überweisung der Petition als Postulat gegenüber der Kenntnisnahme der Petition in einer Eventualabstimmung der Vorzug gegeben.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 56:25 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Petition als Postulat überwiesen.
